



Seit den Anfängen der Idee eines vereinten Europas hat die katholische Kirche diese Bestrebungen unterstützt. Katholiken waren nie gegen ein vereintes Europa. In zahlreichen Ansprachen von Papst Pius XII. aus den vierziger und fünfziger Jahren wird deutlich, dass er die Bestrebungen zur Gründung und zum Aufbau der damaligen EWG lebhaft unterstützte. Selbst Vereinigte Staaten von Europa verstoßen keineswegs gegen die katholische Soziallehre, wenn.... Auf dieses „wenn“ kommt es aber an, und die heutige EU verstößt mit fast jeder Maßnahme gegen das, was nach der katholischen Soziallehre fundamental im Aufbau eines Staatenbundes oder einer überstaatlichen Gemeinschaft ist.

Vereinigte Staaten von Europa verstoßen keineswegs gegen die katholische Soziallehre, wenn das grundlegende Prinzip der Subsidiarität auf allen Ebenen strikt und uneingeschränkt beachtet wird.

Dieses Prinzip besagt, dass eine höhere Ebene einer niedrigeren Ebene keine Aufgabe abnehmen darf, die diese aus einer Kraft selbständig erledigen kann. Die grundlegendste Ebene jeder Gesellschaft ist die Familie. Jede Einmischung in die Aufgaben und Pflichten der Familie von Seiten einer höheren Gemeinschaft, ist nach dem Subsidiaritätsprinzip strikt verboten. Zu den Aufgaben der Familie gehört insbesondere das Recht aber auch die Pflicht, zur Erziehung der Kinder, einschließlich der Schulbildung.

Darüber stehen die Gemeinden, die Landkreise, Regionen und die Länder, deren Aufgaben genau bestimmt werden müssen hinsichtlich dessen, was sie aus eigener Kraft selbst leisten können. Hierher gehören auch die Berufsgemeinschaften aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die ihre Angelegenheiten weitgehend selbständig verrichten sollen, wozu der Staat nur allgemeine Richtlinien vorgeben kann.

Darüber steht der Bundesstaat dessen Aufgaben darin bestehen (sofern keine übergeordnete Gemeinschaft besteht, wie dies bei den früheren Nationalstaaten der Fall war), sich besonders um Außen- und Verteidigungspolitik, Wirtschaft- und Finanzpolitik (in Zusammenarbeit mit den Berufsgemeinschaften) zu kümmern. Einige dieser Aufgaben können in einem Staatenbund an eine höhere Ebene, wie die Europäische Gemeinschaft abgegeben werden. Auf keinen Fall aber hat der Bundesstaat und schon gar nicht die Europäische Union Kompetenzen und Rechte im Bereich von Bildung und Erziehung.

Inzwischen sind in Deutschland fast 80 Prozent der Gesetze des Bundestags bloße Umsetzungen von Richtlinien der EU die direkt oder indirekt massiv in die Kompetenzen untergeordneter Ebenen eingreifen. Dies führt zu einer mehr und mehr anwachsenden Allmacht der europäischen Institutionen der Ziel offensichtlich ein europäischer Zentralstaat ist, der sich anmaßt, alles und jedes zu regeln und allen untergeordneten Ebenen zu Befehlsempfängern der EU-Kommissionen zu machen. Schon der Aufbau und die Tätigkeit der EU-Kommissionen erinnert stark an die „Union der sozialistischen Sowjetrepubliken UdSSR“ mit ihrer Devise von der „begrenzten Souveränität sozialistischer Staaten“.

Gleichzeitig wird diese Politik dazu missbraucht, eine radikal säkularistische und glaubensfeindliche Richtung in allen EU-Staaten durchzusetzen und das Naturrecht als Grundlage jeder Gesetzgebung außer Kraft zu setzen um es durch rein positivistisch

verstandene „Menschenrechte“ zu ersetzen, die mehr und mehr subjektivistisch verstanden werden.

All dies ist der Grund, warum Katholiken die derzeitigen Bestrebungen zum weiteren Ausbau der Europäischen Union nur entschlossen zurückweisen können. Diese Bestrebungen richten sich gegen das Grundprinzip der Soziallehre – das Subsidiaritätsprinzips – und stellen darüber hinaus einen direkten Angriff auf die Natur des Menschen dar, der zu einem „neuen Menschen“, ohne Geschlecht (Gender Mainstreaming), ohne Herkunft und Vaterland, ohne Geschichte und Kultur (Multi-Kulti) und letztlich ohne Familie umgestaltet werden soll um so ein „Paradies auf Erden“ zu errichten, wie es bereits die nationalen und internationalen Sozialisten im 20. Jahrhundert versucht haben. Die Folgen sind bekannt.

Wir treten aber jederzeit ein für ein subsidiären, freies Europa der Regionen und Vaterländer.